Unsere Forderungen für die politische Bildung

Landesverband Sachsen-Anhalt der Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V.
Stand: 17.03.2026

1. Politische Bildung früh verankern – ein Kernfach „Demokratie, Wirtschaft, Recht " ab Klasse 5 in allen Schulformen

Politische Bildung muss fester Bestandteil aller Schulformen bereits ab der Grundschule sein. Kinder und Jugendliche sollen frühzeitig demokratische Werte, Teilhabe und Medienkompetenz erlernen. Neben der umfassenden Etablierung von Demokratiebildung fordern wir ein Kernfach „Demokratie, Wirtschaft, Recht" ab Klassenstufe 5, das die Inhalte aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Recht und Gesellschaft integriert. Das Fach muss mit wenigsten 2 Wochenstunden platziert sein.

2. Für eine integrierte Perspektive, statt eines isolierten Wirtschaftsunterrichts

Wir fordern, ökonomische Bildung nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit politischen, sozialen und ethischen Fragestellungen zu vermitteln. Ein integriertes Fach „Demokratie, Wirtschaft, Recht" hilft Schülerinnen und Schülern wirtschaftliche Zusammenhänge im gesellschaftlichen Kontext zu verstehen. Angemessene Bedingungen in der Lehrerbildung sind entsprechend herzustellen.

3. Politische Bildung lebendig, erfahrbar und praxisnah gestalten

Wir fordern eine zeitgemäße, praxisnahe politische Bildung, indem politische Prozesse nicht nur erklärt, sondern auch erlebbar gemacht werden. Durch geeignete politikdidaktische Methoden sollen Schülerinnen und Schüler Demokratie verstehen, erproben und zur aktiven Mitgestaltung angeregt werden. Verantwortlich ist hierbei nicht nur der Politikunterricht. Stattdessen müssen Schulen ganzheitlich als Demokratielabore gestärkt werden, in denen Selbstwirksamkeit und Verantwortungsübernahme erfahrbar sind. Hierfür müssen entsprechend geöffnete und verbindliche Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte bereitgestellt werden.

4. Extremismusprävention auf allen Ebenen ausbauen

Politische Bildung muss sich weiterhin für die Verteidigung demokratischer Werte und Prinzipien in der Gesellschaft einsetzen. Daher fordern wir angesichts zunehmender demokratiefeindlicher Tendenzen, Bildungsprogramme gegen Extremismus auszubauen und langfristig abzusichern.

5. Zivilgesellschaft schützen und fördern

Engagierte Initiativen und Träger politischer Bildung brauchen Rückhalt statt Repression. Wir fordern ein klares Bekenntnis der Politik zur offenen Zivilgesellschaft – auch in der Förderpraxis.

6. Keine politischen Eingriffe in Lehre und Forschung – Demokratie braucht freie Hochschulen

Autoritäre Tendenzen und demokratiefeindliche Kräfte bedrohen zunehmend die Autonomie der Hochschulen. Wir stellen uns gegen jede Form der politischen Einflussnahme auf Lehrinhalte, Personalentscheidungen oder Forschungsvorhaben. Die politische Bildung an Universitäten darf nicht zensiert, gekürzt oder ideologisch gelenkt werden. Wissenschaft lebt von Freiheit – und Demokratie lebt von freier Wissenschaft.